

Distanz-Elektroimpulsgerät – Geeignetes Hilfsmittel oder völliger Unsinn?

DPoIG-Informationsveranstaltung in Neumünster

Das Thema Elektroimpulsgerät der Firma Taser geistert nun schon einige Jahre von Zeit zu Zeit durch die Polizei- und Medienlandschaft. Die DPoIG hat sich bereits zu einem früheren Zeitpunkt einen Eindruck zu diesem Hilfsmittel verschafft. Wir fordern, sich näher mit diesem Gerät zu befassen und die Tauglichkeit für einen möglichen Einsatz für die Polizeikräfte, insbesondere im normalen Streifendienst, zu überdenken.

In verschiedenen Medienauftritten wurden die Forderungen besonders nach konkreten Vorkommnissen auch hier in Schleswig-Holstein wiederholt. Und konkrete Beispiele gab es in den letzten Jahren genug.

Gefühlt und sicher auch statistisch belegbar steigt die Anzahl der Einsätze, bei denen von gewaltbereiten Angreifern mit gefährlichen Gegenständen eine enorm hohe Gefahr aus-

geht. Den eingesetzten Beamten und Beamtinnen bleibt dann oft keine andere Wahl, als die Schusswaffe einzusetzen.

Es ist sicher unbestritten, dass die Hemmschwelle bei jedem Polizeibeamten, mit einer Schusswaffe auf einen Menschen zu schießen, besonders hoch ist. Schließlich ist jedem bewusst, dass damit ein Menschenleben ausgelöscht werden kann. Wirklich nur Arme oder Beine zu treffen, ist nicht immer möglich. Dennoch bleibt oftmals keine andere Wahl, weil die sonst zur Verfügung stehenden Alternativen keine Wirkung entfalten oder im konkreten Einzelfall nicht eingesetzt werden können beziehungsweise keine Sinn machen.

Wie wäre es denn, wenn einem im Fall eines Messerangriffs auf offener Straße oder bei Gefährdung anderer Personen im Umkreis durch Querschläger eine Möglichkeit zur Verfügung stehen würde, mit der man einen Angreifer in Sekundenschnelle angriffsunfähig machen könnte, ohne dabei gleich seinen Tod oder schwerste Verletzungen in Kauf nehmen zu müssen? Insbesondere dann, wenn andere Hilfsmittel wie Pfefferspray und Schlagstock keine Reaktionen hervorrufen oder nicht eingesetzt werden können?

Oft hat man den Eindruck, als hätten die beständigen „Ablehner“ des Tasers immer noch ganz falsche Vorstellungen von den Möglichkeiten und der Wirksamkeit dieses modernen Gerätes. Sie haben vielleicht

noch Bilder von den sogenannten Elektroschockern aus Fernsehkrimis vor Augen. Es werden aus Halbwissen Vermutungen geäußert, die belegen sollen, wie gefährlich diese „Starkstromwaffen“ sind, wie martialisch sie aussehen und wie viele Menschen dadurch schon zu Schaden gekommen sein sollen.

Dabei wird regelmäßig vergessen, dass im Falle eines Taser-Einsatzes regelmäßig auch der Einsatz einer Schusswaffe mit wahrscheinlich gefährlicheren Folgen gerechtfertigt wäre. Ist da eine Platzwunde wegen eines Sturzes nicht eher hinnehmbar? Aus unserer Sicht stellt ein Elektroimpulsgerät bestimmt nicht das Allheilmittel für sämtliche gewalttätige Angriffe dar, aber es könnte in konkreten Fällen sicher eine zusätzliche Alternative zum Einsatz der Schusswaffe sein. Natürlich müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz eines solchen Hilfsmittels genau festgelegt werden. Auch die Ausbildung müsste im Rahmen des Einsatztrainings angepasst werden.

Was bedeutet dieser Mehraufwand denn aber, wenn dadurch Menschenleben geschont, schwierige Einsatzlagen unblutig bewältigt und traumatisierte Beamte nach tödlichen Schüssen verhindert werden können?

Mittlerweile findet in den deutschen Bundesländern ein Umdenkprozess statt. Es werden in manchen Bereichen erste Versuche gestartet und man überlegt, ob der Streifendienst zusätzlich mit diesen Geräten



Frank Hesse

ausgestattet werden kann und soll. Gerade für diejenigen Kollegen, die sich regelmäßig als Erste am Einsatzort befinden und solche Lagen bewältigen müssen, macht der Taser Sinn.

Die DPoIG Schleswig-Holstein möchte gemeinsam mit der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft einen Beitrag zur Aufklärung über die technischen Möglichkeiten, die Wirksamkeit und auch die möglichen Gefahren eines Einsatzes des Distanz-Elektroimpulsgerätes leisten und bietet eine Informationsveranstaltung allein zu diesem Thema an. Unter fachkundiger Beteiligung eines Referenten der Firma Taser sollen dabei alle wichtigen Aspekte beleuchtet werden. Damit wollen wir zu einer möglichst sachlichen und sachorientierten Diskussion über Sinn oder Unsinn der Elektroimpulsgeräte beitragen.

Wir laden alle interessierten Kollegen und Kolleginnen ein, uns am 21. November 2016, ab 13.30 Uhr, in Neumünster, Bildungszentrum „Kiek in“, zu besuchen.

Frank Hesse,
stellvertretender
Landesvorsitzender

Impressum:

Redaktion:
Sven-Erik Haase
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0173.6101705
E-Mail: sven-erik.haase@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolgsh



ISSN 0937-4841



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

I n f o r m a t i o n s v e r a n s t a l t u n g

Der DPoIG Landesverband Schleswig-Holstein veranstaltet in Kooperation mit der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft eine Informationsveranstaltung über das Distanz-Elektroimpulsgerät „Taser“.

Der Taser wird international bei vielen Polizeieinheiten erfolgreich eingesetzt. Auch deutsche Spezialeinheiten verwenden ihn.



Der DPoIG Landesverband Schleswig-Holstein und die DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft meinen, dass auch der Streifenbeamte mit einem Taser ausgerüstet werden sollte.

Um die Vor- und Nachteile vernünftig gegeneinander abwägen zu können, laden wir alle interessierten Mitarbeiter/in herzlich zu unserer Informationsveranstaltung am

**21. November 2016, 13.30 Uhr
ins „Kiek in!“ Neumünster
Gartenstraße 32
24534 Neumünster
(Parkplatz Wittorfer Straße Höhe Nr. 63)**

ein.

Ein fachlicher Vortrag durch einen Mitarbeiter der Firma Taser wird durch die Möglichkeit einer praktischen Erprobung abgerundet.

Parlamentarischer Abend 2016 von dbb und Richterverband Schleswig-Holstein

Terrorismusgefahr in Deutschland – Wie groß ist die Bedrohung?

Der Terror rückt näher an Deutschland heran und die Gefahr terroristischer Anschläge großen Ausmaßes ist real und keineswegs nur abstrakt! Das ist (verkürzt dargestellt) das Resümee der hochkarätig und kompetent besetzten Podiumsdiskussion im Rahmen der alljährlichen „Parlamentarischen Gespräche“ von dbb und Richterverband Schleswig-Holstein am 29. September im Hotel „Kieler Yachtclub“.

Für die zu einem hochaktuellen Thema veranstaltete Podiumsdiskussion vor über 200 geladenen Gästen aus Politik, Justiz, Polizei und Verbänden konnten als Fachleute gewonnen werden:

Dr. Kai Gniffke (Erster Chefredakteur von ARD-aktuell und damit Chef von Tagesschau und Tagesthemen), Wolfgang Kubicki (Rechtsanwalt und Fraktionsvorsitzender im Landtag sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP), Henning Nebbe (Leiter der Abteilung politischer Staatsschutz im LKA Schleswig-Holstein) sowie Frank Walenta (Staatsanwalt und Leiter des Grundsatzreferats Terrorismus beim Generalbundesanwalt).

Auch der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt ließ es sich angesichts des die Innere Sicherheit und Polizei unmittelbar betreffenden Themas der Veranstaltung nicht nehmen, nach Kiel anzureisen und diese durch einige gewohnt unverblühte und kritische Wortbeiträge zu bereichern.

Kompetent und souverän wurde auch der diesjährige Parlamentarische Abend wieder von Gerrit Derkowski (bekannt aus



> Rainer Wendt im Gespräch mit Hans-Ulrich Benra, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, und Jens Gnisa, Bundesvorsitzender des Deutschen Richterbundes

dem NDR-Fernsehen und tagesschau24) moderiert.

In den Eingangsreferaten der Podiumsteilnehmer sowie auch der sich daran anschließenden Diskussion konnte insbesondere der Terrorexperte beim Generalbundesanwalt, Frank Walenta, durch Sachkenntnis und erfrischend deutlich dargelegte Positionen überzeugen. Walenta hob beispielsweise die Intensität der links- und rechtsterroristischen Bedrohung in Deutschland, die auf einem hohen Niveau liege, hervor. Zudem sei insbesondere der religiös motivierte, internationale Terrorismus des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) eine völlig neue

Qualität in Radikalität, Rücksichtslosigkeit und angewendeten Mitteln. Selbst die 2001 durch die Anschläge auf das New Yorker World Trade Center bekannt gewordene islamistische Terrororganisation Al-Qaida sei im Vergleich zum IS fast schon als „gemäßigt“ zu bezeichnen. Laut Walenta sei die Deutsche Sicherheitsarchitektur grundsätzlich gut gegen

meist verdeckte, Maßnahmen abzuwehren. Angesichts von allein in Schleswig-Holstein derzeit etwa 350 lebenden Personen, die als religiös motivierte Straftäter gelten, stoße die Landespolizei dabei aber schnell an ihre Grenzen.

Wolfgang Kubicki konnte in diesem Zusammenhang mit der Information aufwarten, dass allein unter den im Land lebenden Flüchtlingen etwa 50 bis 60 „islamistische Gefährder“ seien.

Kubicki brandmarkte den in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten durchgeführten Personalabbau bei der Deutschen Polizei von etwa 16 000 Beamten als großen Fehler, der sich nun räche. Zudem sei auch die Sachausstattung der Polizei immer noch in Teilen mangelhaft. So bezeichnete er es als Skandal, dass auch im Jahr 2016 der polizeiliche Digitalfunk in Schleswig-Holstein immer noch nicht richtig funktio-



> Moderator Gerrit Derkowski im Interview mit DPoIG-Chef Rainer Wendt

den Terrorismus gewappnet und erziele durchaus auch Erfolge bei der Verhinderung von Anschlägen. Wichtig sei in dem Zusammenhang eine gute und sich ständig verbessernde Vernetzung aller in Bund und Ländern beteiligten Sicherheitsbehörden.

Der Fachmann aus dem Kieler LKA, Henning Nebbe, ergänzte, dass insbesondere die sogenannte „Rechte Szene“ in Schleswig-Holstein derzeit schwach sei. Mit Blick auf religiös motivierte Straftäter (auch des IS) sei es vorrangige Aufgabe des Staatsschutzes vom LKA, im Rahmen der Prävention Gefahren zu erkennen und diese durch geeignete,

niere. Die Anschaffung von geeigneter passiver und aktiver Bewaffnung (Sturmgewehre), um Terroristen wirkungsvoll bekämpfen zu können, sei zu-

dem unumgänglich. Rainer Wendt ergänzte hier, dass der Staat die Polizei in der Vergangenheit kaputtgespart hätte, man aber in der Politik angesichts von Terrorgefahr, Flüchtlingskrise und steigender Einbruchskriminalität endlich den Ernst der Lage erkannt hätte. Auch wenn jetzt in den meis-

ten Bundesländern vermehrt Polizeibeamte eingestellt und ausgebildet werden, seien die finanziellen Anstrengungen jedoch noch lange nicht ausreichend. Dr. Gniffke hob in seiner Darstellung aus Sicht eines Nachrichtenmediums hervor, dass die Medien zwar die Pflicht zur Berichterstattung

bei Terroranschlägen hätten. Jedoch sei aber auch wichtig, dabei keine Panikmache zu betreiben und die Sensationsgier nicht durch „Endlosschleifen“ solcher Bilder zu befriedigen. Ohnehin sei aus seiner Sicht zu befürchten, dass im Fall eines großen Terroranschlages in Deutschland, die Polarisierung

und Radikalisierung in der Bevölkerung rasant zunehmen würde. Eine Einschätzung, die von den anderen Podiumsteilnehmern ausdrücklich geteilt wurde.

*Thomas Nommensen,
stellvertretender
Landesvorsitzender*

Vorbereitung auf den Ruhestand

Die Informationsveranstaltung des DPoIG-Kreisverbandes Itzehoe war gut besucht.

31 Kollegen waren der Einladung von Frank Hesse zu dem vom DPoIG-Kreisverband Itzehoe vorbereiteten Infonachmittag gefolgt. Neben Kollegen, die wirklich schon im Endspurt zum Ruhestand sind, stieß die Veranstaltung auch bei denjenigen auf Interesse, die sich noch im Mittelfeld befinden. Zunächst klärte Bernd Strahlke von der DBV über die Unterschiede der kleinen und großen Anwartschaftsversicherung auf.

Jörg Geldmacher von der DBV-Vertretung Heide hatte einen Stand mit Infomaterial zum Ruhestand aufgebaut und stand auch im weiteren Verlauf für Fragen zur Verfügung. Viele wichtige Informationen erhielten die interessierten Zuhörer von unserem früheren Landes-

vorsitzenden und jetzigen Seniorenbeauftragten Ernst Meißner. Aus erster Hand konnte Ernst berichten, vor welchen Neuerungen er am Beginn seines Ruhestandes stand. Er gab wichtige Hinweise zur Handhabung von Beihil-

fe und privater Krankenversicherung. Wichtig ist aus seiner Sicht auch, dass man seinen Partner mit den nötigen Informationen zu Versicherungen, gerade auch der Krankenversicherung, versorgt, damit auch alles geregelt werden kann,

wenn man einmal nicht selbst dazu in der Lage ist. In diesem Zusammenhang wies er auch auf die Patientenverfügung und das Testament hin. Beides sollte möglichst notariell geregelt werden, damit diese wichtigen Unterlagen rechtlich einwandfrei sind. Ernst Meißner machte mehrfach deutlich, dass er es sehr wichtig finde, auch im Ruhestand seiner Gewerkschaft treu zu bleiben.

Für weitere Informationen steht er unseren Mitgliedern gerne zur Verfügung. Kontaktaufnahme bitte über die Geschäftsstelle unter E-Mail: dpolg-sh@t-online.de, www.dpolg-sh.de.

*Sven-Erik Haase,
Kreisverband Itzehoe*



Ernst Meißner, Bernd Strahlke und Frank Hesse (von links)

Kriminalpolizeilicher Bereitschaftsdienst – 50-Prozent-Vergütung für BvD kommt

Der DPoIG-Landesverband Schleswig-Holstein begrüßt den Entschluss des Landespolizeiamtes, die Vergütung der Bereitschaftsdienste (von Zuhause aus) nun endlich mit 50 Prozent (statt bisher 15 Prozent) zu berücksichtigen. Das hat zur Folge, dass die betroffenen Kollegen für bis zu drei Jahre rückwirkend mit einer Nachzahlung rechnen können.

Es war aber auch kaum mehr hinnehmbar, dass man sich mit dieser Entscheidung so lange Zeit gelassen hat, nachdem bereits vor Jahren von Gerichten eindeutig entschieden worden war, dass ein solches Abrechnungssystem rechtswidrig ist. Von daher war es nun dringend an der Zeit, eine gerechte und rechtskonforme Regelung zu schaffen.

Die DPoIG geht davon aus, dass die Vergütung zukünftig nicht allein für BvD-Dienste, sondern für alle in dieser Form geleisteten Bereitschaftsdienste in der Polizei gelten.

Es bleibt abzuwarten, wie die künftige Dienstplanung, insbesondere in Bezug auf die BvD-Dienste mit den daraus resultierenden Folgen, gestaltet

werden kann. Wir schließen uns in diesem Zusammenhang den Forderungen des Bundes deutscher Kriminalbeamter (BdK) nach einer landesweit einheitlichen Einführung von Kriminaldauerdiensten an.

*Frank Hesse,
stellvertretender
Landesvorsitzender*